

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 20 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M. für 1000 Zeichen 0,40 R.-M. Die Reklameweile im Anschlag an redaktionellen Tagen 70 mm breit, kostet 2 R.-M. für 1000 Zeichen 2,50 R.-M. — Die Briefgebühren für Druckabzugsanzeigen betragen 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Posten ins Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,45 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr) Kreisabonnements: für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandstr. 1 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24001, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27951—27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060
Abbestellungen ohne Rücksicht werden weder zurückgenommen noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung des entsprechenden Entgelts

Nr. 151

Donnerstag, 4. August 1932

40. Jahrgang

Neue Leberfälle und Attentate

Ablehnung des Misstrauensantrags im österreichischen Nationalrat — Der Reichsrat und die Vorgänge in Preußen

Wo steht das Zentrum?

B. Berlin, 3. August. (Eigener Drahtbericht)
In einem Artikel der „Germania“, überschrieben „Der Weg zum Reichstag“, ist seit dem Sturz Dr. Brüning zum erstenmal ein gewisses Einlenken zu beobachten. Das Berliner Zentrumsorgan wendet sich mit großer Schärfe gegen die von den deutschnationalen empfohlene Konfliktspolitik zwischen den beiden wichtigsten Instanzen der Reichsverfassung, nämlich zwischen Reichsregierung und Reichstag. Jede Regierung, so meint die „Germania“, habe die gebieterische Pflicht, angesichts der undurchsichtigen Verhältnisse und nach den gemachten Experimenten der letzten Zeit wieder einen Weg zu normalen Verhältnissen zu suchen und alle Parteien, soweit sie sich überhaupt zu einer aufbauenden Arbeit bereit finden, mögen sie nun opponieren oder die Regierungspolitik positiv unterstützen wollen, hätten die Pflicht, an der Erreichung dieses Ziels mitzuarbeiten. Die politische Lage, die sich aus den Wahlen für Regierung und Parteien ergeben habe, sei gewiss alles andere als einfach. Sie sei indes auch nicht so, daß man mit den deutschnationalen den neuen Reichstag von vornherein selbst für die in dieser Artenszeit beschränkten Funktionen als arbeitsfähig hinsehen sollte. „Wir brauchen“, heißt es zum Schluß,

„keine Konfliktigkeit, sondern ruhige Nerven und sonnene Ueberlegungen. Dann gibt es immer noch Auswege in der Politik, ohne daß man zu Experimenten greifen müßte.“ Es ist das, wie gesagt, die erste vorläufige Kehrerung des Berliner Zentrumsblattes, die, wenn auch nicht so deutlich wie die Stimmen aus Bayern, den Ausweg zur Abkehr von der grundsätzlichen Oppositionspolitik erkennen läßt.

Die nationalsozialistische Presse sieht immer noch eine Koalition auf gleichberechtigter Grundlage mit dem Zentrum ab, doch ist nicht zu sehen, wie weit dabei grundsätzliche und wie weit tatsächliche Erwägungen mitsprechen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weist darauf hin, daß es bei Unfähigkeit des Reichstags neben dem Parlament „mächtige Faktoren des Staatslebens“ gebe, die in der Lage und gewillt seien, den Lebensrechten des deutschen Volkes auch dann Geltung zu verschaffen, „wenn eine Minderheit (oder auch eine Mehrheit) der Parteiführer unbegründeten Einspruch erhebe“. Bei Zusammenritt des Reichstags würde sich zeigen, so meint das Blatt, daß „nur diejenigen Parteien noch ein Mitspracherecht beanspruchen dürften, die die Erfordernisse der nationalen Staatspolitik bejahen“.

Ein Panzerwagen bei Kassel gefunden

WTB. Kassel, 3. August. (Durch Funkgespräch)
Die Polizei nahm gestern abend in Dolsheim bei Kassel einen rechtswidrigen Gruppen-Turmschiffwagen nach Waffen vor, weil dort ein kompakter Panzerwagen sowie Maschinengewehre versteckt sein sollten. Tatsächlich wurde der Panzerwagen gefunden. Es handelt sich um einen mit fünf Millimeter dicken Stahlblech beschlagenen und mit Schießlöchern und geschliffener Ausrichtung versehenen Kraftwagen, der von der Schutzpolizei in der Polizeianstalt sicherstellt wurde. Maschinengewehre oder andere Waffen konnten bisher nicht gefunden werden. Die Nachforschungen nach Waffen gehen jedoch weiter. Festnahmen sind bisher nicht erfolgt.

Der amtliche Bericht

WTB. Kassel, 3. August. (Durch Funkgespräch)
Zu der Beschlagnahme eines Panzerwagens in Dolsheim teilte die Preiskasse der Regierung mit, daß am Dienstagmorgen in dem Gebiet des Landwirts Hof in Dolsheim auf Anordnung des Landrats eine polizeiliche Durchsuchung stattfand. Hierbei wurde ein alter Kraftwagen beschlagnahmt, der nach Angabe der Beteiligten auf Anordnung der Kreisleitung der NSDAP in den letzten Nächten mit fünf Millimeter hartem Schmieblech gepanzert worden ist. Die Panzerung ist nach allen Seiten durchgeführt und nur durch Schießlöcher und auf beiden Seiten durch einen Schütz unterbrochen. Der Führer der örtlichen NS-Formation erklärte, daß der Wagen zum ungesicherten Transport von SA-Angehörigen bestimmt sei. Die Durchsuchung nach angeblich vorhandenen weiteren Waffen ist erfolglos geblieben. Nur wurde bei einem zu der Durchsuchung herbeigeholten Angehörigen der SA, eine Pistole mit 75 Schuß Munition beschlagnahmt. Die Vernehmung der Beteiligten dauert noch an. Die endgültige Entscheidung über die Durchsuchung eines etwaigen Strafverfahrens und über den Verbleib des Wagens auf Grund des Kriegsgesetzes vom 27. Juli 1927 ist Sache der ordentlichen Gerichte.

Eine Erklärung der NSDAP

Kassel, 3. August. (Durch Funkgespräch)
Zu der gemeldeten Beschlagnahme eines gepanzerten Kraftwagens in Dolsheim erklärt die Kreisleitung der NSDAP, daß keiner der örtlichen Führer der NSDAP eine Anordnung getroffen oder sein Einverständnis gegeben hat, daß ein Kraftwagen gepanzert werden soll. Es stehe vielmehr fest, daß ein Nationalsozialist in Dolsheim auf seine eigene Initiative hin einen alten Kraftwagen mit Schmieblech ausrüstete, um bei Propagandasfahrten Nationalsozialisten ungehindert transportieren zu können. Es handle sich bei dem Kraftwagen also keinesfalls um ein Angriffsfahrzeug; es stehe fest, daß die Panzerung ausgedehnte Ausnutzung derartiger ungenutzter Fahrzeuge, die die Anwesenheit von außen nicht geschützt wären.

Sprengstoffanschlag auf die Kieler Synagoge

Kiel, 3. August. (Durch Funkgespräch)
Auf die hiesige Synagoge wurden in der vergangenen Nacht von unbekanntem Täter ein Sprengstoffanschlag verübt. Beschädigt wurden ein Teil der Außenwand in Quadratmetergröße, eine innere Eisenwand und einige kleine Fenstereisen. Ferner wurden durch umherfliegende Steinstücke in dem gegenüberliegenden Elektrizitätswerk, mehrere Fensterscheiben zertrümmert.

Das österreichische Kabinett bleibt im Amt

Telegramm unseres Korrespondenten

Wien, 3. August

Der Misstrauensantrag der Großdeutschen gegen die Regierung Dollfuß wurde mit 81 gegen 81 Stimmen, also

mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Dieses äußerst knappe Ergebnis konnte nur dadurch erzielt werden, daß der Nachfolger des abgetretenen Dr. Seipel bereits im Nationalrat erschienen und mit abstimmt. Das Datum war bei der Abstimmung vollständig. Selbst die erkrankten Abgeordneten waren von der Regierungsmehrheit herangezogen worden. Für den Misstrauensantrag stimmten die Großdeutschen, die Sozialdemokraten und zwei Mitglieder des Heimatsbundes, gegen den Antrag die Christlich-Sozialen, der Landbund und sechs Mitglieder des Heimatsbundes. Da

das Kabinettsprotokoll

über das der Nationalrat nächste Woche entscheiden soll, bei Stimmengleichheit abgelehnt werden würde, sind Bemühungen am Werk, dies zu verhindern. Der Landbund wird einen Antrag stellen, durch den einige unklare Bestimmungen des Protokolls eine Interpretation erfahren und gewisse Bedenken beseitigt werden sollen. Allerdings müßte diese Interpretation dann von den Signatarmächten des Protokolls anerkannt werden, was völkerrechtlich aus wieder mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre. In der gestrigen Aussprache kam der große deutsche Abgeordnete Jacobsohn auf

die Rede Kunitz

zu sprechen, die er als eine Beleidigung der deutschen Reichsregierung bezeichnete. Jacobsohn stellte die Frage, ob die Regierung der deutschen Reichsregierung entsprechende Erklärungen abgegeben habe.

Bundeskanzler Dollfuß

erklärte darauf: „Ich habe die Ausführungen des Abgeordneten Kunitz durchaus nicht so verstanden, und sie waren auch nicht so zu verstehen, daß er der deutschen Reichsregierung den Vorwurf gemacht hat, diese hätte Emigranten nach Österreich geschickt. Eine solche Behauptung hätte ich sehr bedauert und richtiggestellt. Sondern er habe die deutsche Reichsregierung gebeten, Vorein, die sich zur persönlichen Einflusnahme gegen die Anleihe nach Österreich begeben hatten, zur Rückkehr zu veranlassen. Ich bedaure, daß diese Behauptung so

mißverständlich interpretiert

wurde, daß dadurch der Schein eines Mißverständnisses entstehen konnte. Zwischen den Regierungen ist ein solches Mißverständnis nicht entstanden. Sie sind sich im Gegenteil nach wie vor der herzlichsten Freundschaft und Verbundenheit bewußt.“ Die Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Währungsschutzgesetz in Österreich

Telegramm unseres Korrespondenten

Wien, 3. August

Die Regierung hat im Nationalrat einen Gesetzesentwurf eingebracht, nach dem mit Strafe bedroht wird, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Wege öffentlicher Verkaufsanordnungen unmaßgeblich, entstellte oder aufgearbeitete Münzen in Verkehr bringt, durch die Beforsung aber die Wertbeständigkeit der österreichischen Währung erweist werden. Diese Vorlage, die sich gegen die Verletzung der Währungsverhältnisse in der Presse richtet, erweckt lebhaften Widerstand. Es wird sehr bezweifelt, ob die Einbringung einer solchen Regierungsvorlage überhaupt als zweckentsprechend angesehen werden kann.

Polnische Unverfrorenheit

Berlin, 3. August

Der polnische Gesandte in Berlin hat die — milde gesagt — Unverfrorenheit und Anmaßung gehabt, gestern nachmittags bei Herrn v. Neurath, dem Reichsminister des Auswärtigen, zu erscheinen, um Vorstellungen zu erheben wegen des Flaggenzwangsfalls in der Warschauer Deutschen Gesandtschaft am 31. Juli. Polen, das den Vorfall provoziert hatte, fordert jetzt auch noch Demütigung von Deutschland. Bekanntlich hatten die polnischen Konsulatsbeamten die Unverfrorenheit gehabt, im Garten der Deutschen Gesandtschaft zu Warschau eine polnische Flagge anbringen zu lassen. Der deutsche Gesandtschaftsträger Herr v. Minteln hatte sie sofort entfernen lassen. Daraufhin waren

polnische Polizisten in den Garten der Gesandtschaft gedrungen und hatten Herrn v. Minteln zur Rede gestellt. Erst nachdem dieser sich legitimiert und sie auf die Ungehörigkeit des Verfahrens exterritorialen Gebietes hingewiesen hatte, verließen sie das Grundstück. Die deutsche Regierung hat den Geschäftsträger beauftragt, in Warschau energisch gegen die Verletzung der exterritorialen Rechtswahrung einzulegen. Die Polen haben dies damit beantwortet, daß sie ihrerseits Vorstellungen in Berlin erhoben. Der deutsche Reichsaussenminister hat diese Vorstellungen auf das schärfste zurückgewiesen und dem Gesandten erklärt, daß er eine Beschwerde über das Verhalten des Geschäftsträgers nicht annehmen könne. Die Angelegenheit sei auf Grund der Weidung des Geschäftsträgers bereits geprüft worden. Sein Vorgehen sei nach der völkerrechtlichen Übung völlig berechtigt gewesen.

Die Terrorwelle in Ostpreußen

Telegramm unseres Korrespondenten

Fr. Königsberg, 3. August

Zu den Königsberger Vorgängen am vergangenen Montag gibt die Königsberger Polizei jetzt folgende Erklärung heraus:

„In der Presse ist irrtümlich die Nachricht verbreitet worden, daß bei dem Versuch des Anstellers der Kantkassen Nationalsozialisten in Uniform anwesend gewesen seien. Wichtig ist, daß in zwei dieser Fälle die Täter anwesend haben, der SA angehörend. Eine Beteiligung an den Vorfällen haben bestreiten sämtliche Festgenommenen. Ein SA-Kamerader hat seinen Stimmführer beschuldigt, versucht zu haben, andre in der Frühe des 1. August zu Gewalttätigkeiten zu bestimmen. Im Interesse der Durchführung des Ermittlungsverfahrens erscheint es unanlässlich, über die Schuldfrage schon jetzt weitere Angaben zu machen.“

Wegen des im Zusammenhang mit diesen Taten begangenen Einbruches in ein Waffengeschäft ist der Täter, ein Student der Philosophie, gestern vom Königsberger Schwurgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Weitere Verurteilungen werden zur Zeit dem Schnellrichter vorgelegt. Aus dem Königsberger Straßenschild sind fünf zu sehenden SA-Uniformen verschwunden. Auch Parteischilder werden nicht mehr sichtbar getragen.

Nordanschlag auf einen Gemeindevorsteher

Königsberg, 3. August. (Durch Funkgespräch)
Auf den Gemeindevorsteher von Norken, Gallowitz, der Mitglied der SPD ist, wurde gestern nach ein Revolveranschlag verübt. Gallowitz ist von zwei Schüssen in den Kopf getroffen worden und liegt hoffnungslos darnieder. Vor seinem Hause fanden sich gegen 11 Uhr zwei bisher unbekannte Männer ein, die

ihn unter dem Vorwand, daß es brenne, aus Fenster lockten. Als Gallowitz mit seiner Frau und seinem Kinde zum Fenster trat, gaben die Männer die beiden Schüsse ab.

Neue Anschläge in Schlesien

Telegramm unseres Korrespondenten

St. Breslau, 3. August

In der vergangenen Nacht sind in Schlesien drei weitere Handgranatenschüsse verübt worden, und zwar in Kreuzburg, Anklam und Gletwitz. Im ersten Falle wurde je eine Handgranate in die Wohnung des Kaufmanns Göttsch und in das Büro des Justizrats Tauber geworfen. Bei Göttsch explodierte die Handgranate in einem Aufbesserer und richtete hier nur geringen Schaden an. Bei Tauber ist durch die Explosion der Kontorraum verunstaltet worden. In Anklam wurde aus einer schnell vorbeifahrenden Motorradkutsche heraus eine Handgranate gegen das Haus des sozialdemokratischen Kaufmanns Gemann geworfen. Bei der Explosion gingen die Fenster des Wohnhauses in Trümmer. Auch hier die benachbarte Apotheke erlitt Schaden. In Gletwitz ereignete sich das Attentat bei dem Schwimmbad Baracken. Dort warf man eine Handgranate vor die Wohnung eines Kommunisten. Bei der Explosion sind ebenfalls nur Fenster Scheiben zerstört. In sämtlichen Fällen blieben bislang die Täter unbekannt.

3000 Mark Belohnung für die Aufklärung der Anschläge in Schleswig-Holstein

Wismar, 3. August
Die von amtlicher Seite verlautet, daß der Regierungspräsident für die Aufklärung der in der Nacht zum 1. August in mehreren Orten Schleswig-Holsteins gegen Wohnungen von Au-